

Protokoll

über die 10. Sitzung des Rates der Stadt Laatzen am Donnerstag, dem 15. März 2018, 18:00 Uhr, im Forum der Albert-Einstein-Schule, Wülferoder Straße 46, 30880 Laatzen

Anwesend:

Bürgermeister

Köhne, Jürgen; Bürgermeister

Ratsfrauen und Ratsherren

Stuckenberg, Bernd	(Ratsvorsitzender)
Nebot Pomar, Ernesto	(1. stellvertretender Bürgermeister)
Rohde, Angelika	(2. stellvertretende Bürgermeisterin)
Apportin, Gerd	(3. stellvertretender Bürgermeister)
Asendorf, Regina	
Blume, Matthias	
Bodenstab, Fabian	
Derabin, Paul	
Dreyer, Christoph	
Faull, Uwe	
Fiedler-Dreyer, Gundhild	
Flebbe, Hannelore	
Guder, Siegfried	
Hoppe, Thomas	
Jackstat, Janine	
Janisch, Nils	
Jessberger, Peter	
Kaußen, Jessica	
Klaus, Gerhard	
Kleen, Michael	
Krüger, Mathias	
Lichy, Olaf	
Löhlein, Martin	
McCallin, Katharina	
Melletat, Andrea	
Münkner, Tobias	
Muschal, Alexander	
Novak, Annette	
Oyen, Luisa	
Rehmert, Silke	
Riedel, Michael	
Rupp, Lisa	
Sakhizada, Ali Reza	
Scheibe, Heinz	
Seidel, Jonas	
Stendel, Hannelore	

Wetzel, Ralf

von der Verwaltung

Reimer, Melanie; Allgemeine Vertreterin
Grüning, Axel; Stadtrat
Zeilinger, Stefan; Stadtrat
Schrader, Thomas
Pagels, Jürgen
Brinkmann, Matthias
Sporleder, Jörg
Mourmouri, Eleni

entschuldigt fehlen:

Herrmann, Petra
Miersch, Dr. Matthias
Weissleder, Dirk

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde nach § 17 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Laatzen
3. Genehmigung der Protokolle über die 8. Sitzung des Rates am 16.11.2017 und die 9. Sitzung des Rates am 14.12.2017
4. Umbesetzung in der AG Partnerschaften
- Antrag der CDU/FDP-Gruppe im Rat -
5. Umbesetzung im Kinder- und Jugendhilfeausschuss
- Antrag der Gruppe CDU/FDP im Rat -
 - 5.1. Umbesetzung im Kinder- und Jugendhilfeausschuss
6. Berufung und Ernennung des Ortsbrandmeisters und des stellvertretenden Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Ingeln-Oesselse
7. Gewährung einer Bedarfszuweisung durch Abschluss einer Zielvereinbarung zwischen dem Land Niedersachsen, der Region Hannover und der Stadt Laatzen zur Erreichung nachhaltiger Haushaltskonsolidierung
 - 7.1. Gewährung einer Bedarfszuweisung
- Antrag der Gruppe SPD-Grüne-Linke-Scheibe im Rat

- 7.2. Gewährung einer Bedarfszuweisung
- Ergänzungsantrag der Gruppe CDU/FDP im Rat -
8. Eckwertebeschluss zum Haushalt 2019
9. Richtlinie der Stadt Laatzen für die Nutzung städtischer Einrichtungen durch Dritte
10. Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Laatzen
- 10.1. Ergänzung der Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Laatzen
- Ergänzungsantrag der CDU/FDP-Gruppe im Rat zu Drucksachen-Nr. 2017/113
- 10.2. Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Laatzen
11. Haushaltssicherungskonzept 2018
- Änderung der Vergnügungssteuersatzung -
12. Satzung über die Unterbringung von Obdachlosen, Flüchtlingen, Asylbewerberinnen oder Asylbewerbern in der Stadt Laatzen und entsprechende Gebührensatzung
- 12.1. Satzung über die Unterbringung von Obdachlosen, Flüchtlingen, Asylbewerberinnen oder Asylbewerbern in der Stadt Laatzen und entsprechende Gebührensatzung
13. Widmung von Gebäuden als öffentliche Einrichtung zur Unterbringung von Obdachlosen, Flüchtlingen, Asylbewerberinnen und Asylbewerbern
- 13.1. Widmung von Gebäuden als öffentliche Einrichtung zur Unterbringung von Obdachlosen, Flüchtlingen, Asylbewerberinnen und Asylbewerbern
14. Vergabe der Trägerschaft für neue Kindertagesstätten in Laatzen
- Antrag der Gruppe CDU/FDP im Rat -
- 14.1. Vergabe der Trägerschaft für neue Kindertagesstätten in Laatzen
- Antrag der Gruppe CDU/FDP im Rat -
- Stellungnahme der Verwaltung -
- 14.2. Vergabe der Trägerschaft für neue Kindertagesstätten in Laatzen
- Antrag der Gruppe SPD-Grüne-Linke-Scheibe im Rat -
- 14.3. Vergabe der Trägerschaft für neue Kindertagesstätten in Laatzen
- Ergebnis der Beratungen im Ausschuss für Kinder- und Jugendhilfeangelegenheiten -
15. Antrag auf eine finanzielle Förderung des "Trägervereins Netzwerk für Flüchtlinge in Laatzen e. V." im Haushaltsjahr 2018
16. Vereinbarung zur Datenerhebung und Berechnung des Jugendhilfekostenausgleichs gemäß § 160 Abs. 4 Satz 5 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG)
17. Fahrschul-/Fahrlehrerrecht und Aufgaben nach dem Berufskraftfahrerqualifikationsgesetz (BKrFQG) - Übertragung der Aufgaben auf die Region Hannover –

18. Neubau des Erich Kästner-Schulzentrums
- Beschluss über die Lage des Baufeldes
- 18.1. Grundsatzbeschluss zum Standort des Neubaus des Erich Kästner-Schulzentrums
- Antrag der CDU/FDP-Gruppe im Rat
19. Neubau Erich Kästner-Schulzentrum
Pädagogisches Konzept
- 19.1. Pädagogisches Konzept für das Erich Kästner-Schulzentrum
- Antrag der Gruppe SPD-Grüne-Linke-Scheibe im Rat -
20. Anregung nach § 34 NKomVG - Joachim Gottschalk vom 03.01.2018
21. Bebauungsplan Nr. 77 "Fachmarktstandort Karlsruher Straße", OT Laatzten
- Verlängerung der Veränderungssperre
22. Flächennutzungsplan der Stadt Laatzten - 78. Änderung - für den Bereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 12 "Versorgungsbereich Alt-Laatzten Kronsbergstraße" OT Laatzten
- Beschluss über das Ergebnis der Beteiligungsverfahren
- Feststellungsbeschluss
23. Mitteilungen des Bürgermeisters
- 23.1. Kinder- und Jugendhilfeplanung
- Hortbedarfsplan für den Zeitraum der Betreuungsjahre 2017/18 bis 2022/23 -

Öffentlicher Teil

24. Anfragen gemäß § 16 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Laatzten

Öffentlicher Teil

27. Umbesetzung in Gremien
- Antrag der Gruppe SPD-Grüne-Linke-Scheibe im Rat –

Ratsvorsitzender Stuckenberg eröffnet um 18.06 Uhr die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Öffentlicher Teil

zu Punkt 1: Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Stuckenberg stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Ratsvorsitzender Stuckenberg erklärt, mit Schreiben vom 15.03.2018 wurde gemäß § 19 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Laatzen mir die Bildung der *Gruppe SPD-Grüne-Linke-Faull-Scheibe im Rat der Stadt Laatzen* mitgeteilt.

Ratsherr Kleen erklärt, er sei nunmehr fraktionslos und nehme künftig das Grundmandat im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umweltschutz, Feuerschutz wahr.

Die Tagesordnung wird um folgenden Punkt erweitert:

27. Umbesetzung in den Gremien
 - Antrag der Gruppe SPD-Grüne-Linke-Scheibe im Rat –
 2018/083 - Vorlage -

Die Tagesordnungspunkte 18 und 19, Neubau des Erich Kästner-Schulzentrums, werden wegen des großen Interesses der zahlreichen Zuhörer/-innen in der Tagesordnung vorgezogen und nach TOP 6 beraten werden.

Der TOP 27 Punkt wird nach Tagesordnungspunkt 5 behandelt.

Zu folgenden Tagesordnungspunkten werden Vorlagen nachgereicht:

- 5.1 Umbesetzung im Kinder- und Jugendhilfeausschuss
 2018/077/1 - Tischvorlage -
- 7.2 Gewährung einer Bedarfszuweisung
 - Ergänzungsantrag der Gruppe CDU/FDP im Rat –
 2018/033/2 - Tischvorlage -
- 19.1 Pädagogisches Konzept für das Erich Kästner-Schulzentrum
 - Antrag der Gruppe SPD-Grüne-Linke-Scheibe im Rat -
 2017/077/3 - Vorlage -

Zu Tagesordnungspunkt

7. Gewährung einer Bedarfszuweisung durch Abschluss einer Zielvereinbarung zwischen dem Land Niedersachsen, der Region Hannover und der Stadt Laatzen zur Erreichung nachhaltiger Haushaltskonsolidierung

2018/033 wird eine überarbeitete Zielvereinbarung vorgelegt.

Die Tagesordnung wird beschlossen.

zu Punkt 2:**Einwohnerfragestunde nach § 17 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Laatzten**

Ratsvorsitzender Stuckenberg erklärt, jede Einwohnerin und jeder Einwohner der Stadt Laatzten kann Fragen stellen, die nicht Gegenstand der Tagesordnung sind. Eine Diskussion findet nicht statt. Weiterhin kann jede Einwohnerin und jeder Einwohner nach dem Aufrufen der einzelnen Tagesordnungspunkte und vor deren Beratung durch den Rat Fragen zu dem jeweiligen Beratungsgegenstand stellen.

Herr Gottschalk erklärt, das Thema seiner Frage komme aus dem Themenbereich Antisemitismus, wegen der Tatsache, dass Juden ständig antisemitischen Angriffen ausgesetzt seien. Er fragt Bürgermeister Köhne, ob dieser die Wegnahme von jüdischen Totengedenksteinen von einem Totengedenkfeld als eine normale Schmutzbeseitigungsmaßnahme erachte, weil Juden einer Köterrasse angehören könnten, oder verurteile er eine derartige Maßnahme, d.h. verurteile er die Wegnahme von jüdischen Totengedenksteinen von einem Totengedenkfeld.

Bürgermeister Köhne erklärt, er verneine die erste Frage und bejahe die zweite.

zu Punkt 3:**Genehmigung der Protokolle über die 8. Sitzung des Rates am 16.11.2017 und die 9. Sitzung des Rates am 14.12.2017**

Das Protokoll über die 8. Sitzung des Rates am 16.11.2017 wird genehmigt.

Das Protokoll über die 9. Sitzung des Rates am 14.12.2017 wird genehmigt.

zu Punkt 4:**2018/076****Umbesetzung in der AG Partnerschaften
- Antrag der CDU/FDP-Gruppe im Rat -**Antrag:

Nach einstimmigem Beschluss der CDU-FDP-Ratsgruppe vom 7.2.2018 soll der **bisher vom Ratsmitglied Thomas Hoppe** wahrgenommene Sitz in der AG Partnerschaften **zukünftig durch die stv. Bürgermeisterin Angelika Rohde** eingenommen werden.

Beschluss: Der Antrag wird beschlossen.

zu Punkt 5:**2018/077****Umbesetzung im Kinder- und Jugendhilfeausschuss
- Antrag der Gruppe CDU/FDP im Rat -**

Antrag:

Anstelle von Herrn Andreas Wedler wird Herr Michael Prill, Neue Str. 4, 30880 Laatzen, als stimmberechtigtes Nichtratsmitglied in den Ausschuss für Kinder- und Jugendhilfeangelegenheiten entsandt.

Beschluss: Der Antrag wird beschlossen.

zu Punkt 5.1: **2018/077/1**
Umbesetzung im Kinder- und Jugendhilfeausschuss

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

zu Punkt 27: **2018/083**
Umbesetzung in Gremien
- Antrag der Gruppe SPD-Grüne-Linke-Scheibe im Rat -

Antrag:

Gremium	Besetzung bisher	Besetzung neu
GesA	Krüger, Mathias	Asendorf, Regina
Aufsichtsrat Leine-VHS	Blume, Matthias	Ernesto Nebot Pomar
Beirat Netzgesellschaft	Blume, Matthias	Ernesto Nebot Pomar

Beschluss: Der Antrag wird beschlossen.

zu Punkt 6: **2018/039**
Berufung und Ernennung des Ortsbrandmeisters und des stellvertretenden Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Ingeln-Oesselse

Beschlussvorschlag:

Unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis werden der Oberbrandmeister Frank Bezdiak für die Zeit vom 20.04.2018 – 19.04.2024 zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Ingeln-Oesselse und der Brandmeister Gunnar Pahlke zum stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Ingeln-Oesselse ernannt.

Beschluss: Die Vorlage wird beschlossen.

zu Punkt 18: **2018/038**

Neubau des Erich Kästner-Schulzentrums - Beschluss über die Lage des Baufeldes

Beschlussvorschlag:

Das in der Anlagen als Standortvariante III dargestellte Baufeld bildet die Grundlage für die weiteren Planungen zum Neubau des Erich Kästner-Schulzentrums.

Ratsvorsitzender Stuckenberg erklärt, der Verwaltungsausschuss hat in seiner Sitzung den in Rede stehenden Beschlussvorschlag mit einem Zusatz beschlossen: Sollte dies Baufeld für die Realisierung des Raumprogrammes und des pädagogischen Konzeptes nicht ausreichen, ist eine Ausweitung in Richtung der Variante II vorzusehen.

Ratsvorsitzender Stuckenberg schlägt dem Rat vor, die anwesenden Vertreter/-innen des Erich Kästner-Schulzentrums gemäß § 11 Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Laatzen zum Gegenstand der Beratung zu hören. Der Beschluss bedarf der Mehrheit von drei Vierteln der anwesenden Ratsmitglieder.

Die Ratsmitglieder beschließen einstimmig die Schulleitung, die Vertretung der Elternschaft sowie Schülerinnen und Schüler vor der Beratung durch den Rat anzuhören.

Ratsvorsitzender Stuckenberg erklärt, die Gruppe SPD-Grüne-Linke-Scheibe hat in der heutigen Sitzung des Verwaltungsausschusses den Antrag *Pädagogisches Konzept für das Erich Kästner-Schulzentrum* (DS-Nr.: 2017/077/3) zurückgezogen. Er ist hier nicht mehr zu behandeln.

Bürgermeister Köhne erklärt, es seien bisher vielfältige, intensive Diskussionen geführt worden, die in den Beschluss des Rates vom März 2017 mündeten, einen Neubau durch einen Totalunternehmer errichten zu lassen. Danach sei das pädagogische Konzept unter Beteiligung von Vertreter/-innen der Schule, Mitgliedern des Rates und Mitarbeiter/-innen der Verwaltung erarbeitet worden. Nach seiner Einschätzung seien beide Baufelder geeignet, er weise jedoch den Vorwurf zurück, die Planungen haben den Zweck der Einnahmeerzielung. Ziel sei es vielmehr für die Schulen 2021 den notwendigen Raum zu schaffen.

Die Vertreter/-innen des Erich Kästner-Schulzentrums, der Elternschaft, Lehrkräfte sowie Schülerinnen äußern einhellig die Bitte, weiterhin auf die Schulen zu hören und diese an den Planungen zu beteiligen, um gemeinsam die Grundlage für die Weiterentwicklung der Schulen zu schaffen. Schulen seien lebende Organismen, sie haben den Bildungsauftrag zu erfüllen, sie benötigen dazu gute Voraussetzungen.

Herr Kleen erklärt, er lehne den nunmehr gefundenen Kompromissvorschlag ab.

Frau Fiedler-Dreyer betont, die angebotene Option sei abzulehnen, die Variante II komme dabei zu kurz. Sie wolle eine Entscheidung zugunsten der Schüler/-innen, der Lehrkräfte und Eltern treffen.

Herr Klaus erwidert, man habe bisher ein Jahr miteinander diskutiert, die Überlegungen der Schüler/-innen seien eingeflossen, die Eltern seien beteiligt worden. Das erarbeitete pädagogische Konzept werde heute vom Rat beschlossen. Ziel muss es sein, heute die Entscheidung herbeizuführen, um das Gebäude 2021 zu erstellen.

Herr Nebot führt aus, die eingesetzte Lenkungsgruppe habe gut gearbeitet und gute Ergebnisse erzielt. Jetzt gelte es diese Kreativität umzulenken in eine positive Zielrichtung, nämlich den Neubau rechtzeitig fertig zu stellen, damit Lernende und Lehrende sich im künftigen Neubau wohlfühlen können.

Herr Dreyer spricht sich für die Standortvariante II aus und dankt allen Beteiligten für den bisherigen Diskussionsprozess. Der angekündigte Kompromiss berge Zweifel.

Herr Apportin erwidert, pädagogische Aspekte werden auch in der Zukunft berücksichtigt werden. Heute gelte es, eine Entscheidung zu fällen, er hege dabei keine Zweifel.

Ratsvorsitzender Stuckenberg unterbricht auf Antrag die Sitzung um 19.45 Uhr.

Die Sitzung wird um 19.50 Uhr fortgesetzt.

Beschluss: Die Vorlage wird bei 30 JA-Stimmen, 7 NEIN-Stimmen und einer Enthaltung um den zweiten Satz ergänzt beschlossen:

Das in der Anlagen als Standortvariante III dargestellte Baufeld bildet die Grundlage für die weiteren Planungen zum Neubau des Erich Kästner-Schulzentrums. Sollte dies Baufeld für die Realisierung des Raumprogrammes und des pädagogischen Konzeptes nicht ausreichen, ist eine Ausweitung in Richtung der Variante II vorzusehen.

Herr Dreyer erklärt zu Protokoll, er habe dem *Neubau des Erich Kästner-Schulzentrums - Beschluss über die Lage des Baufeldes* (DS-Nr.: 2018/038) zugestimmt.

zu Punkt 18.1:

2018/063

Grundsatzbeschluss zum Standort des Neubaus des Erich Kästner-Schulzentrums

- Antrag der CDU/FDP-Gruppe im Rat

Antrag:

1. Der Rat der Stadt Laatzen spricht sich zur schnellen Realisierung des Neubaus der EKS für ein Baufeld gemäß der Standortvariante II des im Dezember 2017 einigen Ratsgremien vorgestellten Vorschlages der Firma ksw architekten und stadtplaner aus.
2. Die derzeitige Anzahl an Stellflächen/Parkplätzen soll erhalten und nach Möglichkeit noch erweitert werden.
3. Die Verwaltung wird gebeten unter dieser Prämisse die weiteren Planungen vorzunehmen und die notwendigen Ausschreibungen vorzubereiten.

Beschluss: Der Antrag wird bei 11 JA-Stimmen, 26 NEIN-Stimmen und einer Enthaltung abgelehnt.

**zu Punkt 19:
Neubau Erich Kästner-Schulzentrum
Pädagogisches Konzept**

2017/077/2

Beschlussvorschlag:

Den mit Drucksache 2017/077/2 vorgelegten pädagogischen Konzepten der beiden Schulen im Erich Kästner-Schulzentrum wird grundsätzlich zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den Schulen ein konkretes Raumprogramm für den Neubau des Schulzentrums zu erstellen.

Beschluss: Die Vorlage wird beschlossen.

**zu Punkt 7:
Gewährung einer Bedarfszuweisung durch Abschluss einer Zielvereinbarung
zwischen dem Land Niedersachsen, der Region Hannover und der Stadt
Laatzen zur Erreichung nachhaltiger Haushaltskonsolidierung**

2018/033

Beschlussvorschlag:

Der Bürgermeister wird ermächtigt die als Anlage zur Drucksache 2018/033 vorgelegte Zielvereinbarung zwischen dem Land Niedersachsen, der Region Hannover und der Stadt Laatzen abzuschließen.

Beschluss: Die Vorlage wird beschlossen.

**zu Punkt 7.1:
Gewährung einer Bedarfszuweisung
- Antrag der Gruppe SPD-Grüne-Linke-Scheibe im Rat**

2018/033/1

Antrag:

In der Zielvereinbarung mit dem Land Niedersachsen als Grundlage für die Bedarfszuweisung wird in Teil C am Ende folgender Satz ergänzt:

„Ausgenommen von dieser Regelung sind die Mittel für die schulbezogene Jugendsozialarbeit.“

Der Antrag gilt als behandelt.

**zu Punkt 7.2:
Gewährung einer Bedarfszuweisung
- Ergänzungsantrag der Gruppe CDU/FDP im Rat -**

2018/033/2

Antrag:

Im Rahmen der Zustimmung für den Abschluss der Zielvereinbarung mit dem Land Niedersachsen als Grundlage für eine Bedarfszuweisung stellt der Rat folgendes fest:

Das Land Niedersachsen hat der Stadt Laatzen Bedarfszuweisungen in Höhe von jährlich 2.450.000 Euro auch für die nächsten Jahre in Aussicht gestellt. In einer Zielvereinbarung soll die Stadt in einem Haushaltssicherungskonzept dementsprechend ein Konsolidierungsvolumen von 1.913.300 Euro erbringen.

Gegenüber der Landeszuweisung von 2,45 Mio. Euro ergibt sich ein vermindertes Einsparvolumen der Stadt von 536.400 Euro. Der Rat wird sich daher darum bemühen, zusätzlich diese Summe in künftigen Haushalten einzusparen.

Beschluss: Der Antrag wird 17 JA-Stimmen und 21 NEIN-Stimmen abgelehnt.

**zu Punkt 8:
Eckwertebeschluss zum Haushalt 2019**

2018/035

Beschlussvorschlag:

Der Haushalt 2019 und die Finanzplanung bis 2022 der Stadt Laatzen sollen auf Grundlage der in der Anlage zur Drucksache 2018/035 dargelegten finanziellen Rahmendaten aufgestellt werden. Dabei soll das Handeln der Stadt weiterhin auf die bereits im Haushaltsplan 2018 festgelegten strategischen Ziele „Hohe Bildungschancen gewährleisten“, „Familienfreundliche Stadt sein“, „Wohnumfelder attraktiv gestalten“ sowie „Ökologische Nachhaltigkeit fördern“ ausgerichtet sein.

Beschluss: Die Vorlage wird beschlossen.

**zu Punkt 9:
Richtlinie der Stadt Laatzen für die Nutzung städtischer Einrichtungen durch Dritte**

2013/205/10

Beschlussvorschlag:

Den vorgelegten Richtlinien der Stadt Laatzen für die Nutzung geschlossener Räume in Schulen, Stadthaus, Familienzentrum und weiteren Gebäuden (Anlage 1) und für den Park der Sinne (Anlage 2) durch Dritte sowie dem dazugehörigen Mustervertrag (Anlage 3) wird zugestimmt.

Beschluss: Die Vorlage wird beschlossen.

**zu Punkt 10:
Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Laatzen**

2017/113

Beschlussvorschlag:

Die Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Laatzen nebst Beschreibung der Ortschaften und dazugehöriger Karte über die Ortschaftsgrenzen wird beschlossen.

Die Satzung ist Bestandteil des Protokolls der Sitzung des Rates.

Die Vorlage wird in die Fraktionen verwiesen.

zu Punkt 10.1: **2017/113/1**
Ergänzung der Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Laatzen
- Ergänzungsantrag der CDU/FDP-Gruppe im Rat zu Drucksachen-Nr. 2017/113

Antrag:

Der Rat der Stadt Laatzen beschließt die Neufassung der mit Drucksachen-Nr. 2017/113 den Rats- gremien zugeleiteten Entwurf der Neufassung der Hauptsatzung mit folgender Ergänzung:

§ 12

Film- und Tonaufnahmen in öffentlichen Sitzungen des Rates

- (1) In öffentlichen Sitzungen des Rates dürfen akkreditierte Vertreterinnen und Vertreter der Medien sowie die Verwaltung Film- und Tonaufnahmen von den Mitgliedern der Vertretung mit dem Ziel der Berichterstattung anfertigen. Die Anfertigung der Aufnahmen ist der Vor- sitzenden oder dem Vorsitzenden vor dem Beginn der Sitzung anzuzeigen. Sie oder er hat die Mitglieder des Rates zu Beginn der Sitzung darüber zu informieren.
- (2) Ratsfrauen und Ratsherren können verlangen, dass die Aufnahme ihres Redebeitrages oder die Veröffentlichung der Aufnahme unterbleibt. Das Verlangen ist gegenüber der Vor- sitzenden oder dem Vorsitzenden geltend zu machen und im Protokoll zu dokumentieren. Die Vorsitzende oder der Vorsitzende hat im Rahmen ihrer/seiner Ordnungsgewalt (§ 63 NKomVG) dafür Sorge zu tragen, dass die Aufnahmen unterbleiben.
- (3) Film- und Tonaufnahmen von anderen Personen als den Mitgliedern des Rates, insbesondere von Einwohnerinnen und Einwohnern sowie von Beschäftigten der Stadt, sind nur zu- lässig, wenn diese Personen eingewilligt haben.
- (4) Die Zulässigkeit von Tonaufnahmen zum Zwecke der Erstellung des Protokolls bleibt da- von unberührt.

Der bisherige § 12 (Inkrafttreten) erhält die nachfolgende Numerierung § 13.

Der Antrag wird in die Fraktionen verwiesen.

zu Punkt 10.2: **2017/113/2**
Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Laatzen

Beschlussvorschlag:

Die Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Laatzen nebst Beschreibung der Ortschaften und dazugehöriger Karte über die Ortschaftsgrenzen wird beschlossen.

Die Satzung ist Bestandteil des Protokolls der Sitzung des Rates.

Die Vorlage wird in die Fraktionen verwiesen.

zu Punkt 11:
Haushaltssicherungskonzept 2018
- Änderung der Vergnügungssteuersatzung -

2018/078

Beschlussvorschlag:

Die als Anlage 2 beigefügte 4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer in der Stadt Laatzen (Vergnügungssteuersatzung) wird beschlossen.

Der Satzungsentwurf ist Bestandteil der Niederschrift.

Beschluss: Die Vorlage wird beschlossen.

Herr Löhlein verlässt den Sitzungsraum.

zu Punkt 12:
Satzung über die Unterbringung von Obdachlosen, Flüchtlingen,
Asylbewerberinnen oder Asylbewerbern in der Stadt Laatzen und
entsprechende Gebührensatzung

2017/347

Beschlussvorschlag:

1. Die Satzung über die Unterbringung von Obdachlosen, Flüchtlingen, Asylbewerberinnen oder Asylbewerbern in der Stadt Laatzen (Anlage 1) wird beschlossen.
2. Die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Unterkünfte für obdachlose Menschen, Flüchtlinge sowie Asylbewerberinnen und Asylbewerber in der Stadt Laatzen (Anlage 2) wird beschlossen.

Die Vorlage gilt als behandelt.

zu Punkt 12.1:
Satzung über die Unterbringung von Obdachlosen, Flüchtlingen,
Asylbewerberinnen oder Asylbewerbern in der Stadt Laatzen und
entsprechende Gebührensatzung

2017/347/1

Beschlussvorschlag:

1. Die Satzung über die Unterbringung von Obdachlosen, Flüchtlingen,

Asylbewerberinnen oder Asylbewerbern in der Stadt Laatzen (Anlage 1) wird beschlossen.

2. Die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Unterkünfte für obdachlose Menschen, Flüchtlinge sowie Asylbewerberinnen und Asylbewerber in der Stadt Laatzen (Anlage 2) wird beschlossen.

Beschluss: Die Vorlage wird beschlossen.

Herr Löhlein nimmt wieder an der Sitzung teil.

zu Punkt 13:

2017/359

Widmung von Gebäuden als öffentliche Einrichtung zur Unterbringung von Obdachlosen, Flüchtlingen, Asylbewerberinnen und Asylbewerbern

Beschlussvorschlag:

1. Folgende Objekte werden mit dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der Satzung über die Unterbringung von Obdachlosen, Flüchtlingen, Asylbewerberinnen oder Asylbewerbern in der Stadt Laatzen (Beschlussvorlage 2017/347) jeweils zu einer öffentlichen Einrichtung zum Zweck der Unterbringung von Obdachlosen, Flüchtlingen, Asylbewerberinnen oder Asylbewerbern gewidmet:

A	Gutenbergstraße 15
B	Pestalozzistraße 27
C	Hildesheimer Straße 305
D	Hildesheimer Straße 305 A
E	Hildesheimer Straße 316
F	Hildesheimer Straße 513
G	Rotdornallee 11

in 30880 Laatzen.

2. Der Benutzerkreis bestimmt sich nach der Satzung über die Unterbringung von Obdachlosen, Flüchtlingen, Asylbewerberinnen oder Asylbewerbern in der Stadt Laatzen.

Die Vorlage gilt als behandelt.

zu Punkt 13.1:

2017/359/1

Widmung von Gebäuden als öffentliche Einrichtung zur Unterbringung von Obdachlosen, Flüchtlingen, Asylbewerberinnen und Asylbewerbern

Beschlussvorschlag:

1. Folgende Objekte werden mit dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der Satzung über die Unterbringung von Obdachlosen, Flüchtlingen, Asylbewerberinnen oder Asylbewerbern in der Stadt Laatzen (Beschlussvorlage 2017/347) jeweils zu einer

öffentlichen Einrichtung zum Zweck der Unterbringung von Obdachlosen, Flüchtlingen, Asylbewerberinnen oder Asylbewerbern gewidmet:

A	Gutenbergstraße 15
B	Pestalozzistraße 27
C	Hildesheimer Straße 305 A
D	Hildesheimer Straße 316
E	Hildesheimer Straße 513
F	Rotdornallee 11

in 30880 Laatzen.

2. Der Benutzerkreis bestimmt sich nach der Satzung über die Unterbringung von Obdachlosen, Flüchtlingen, Asylbewerberinnen oder Asylbewerbern in der Stadt Laatzen.

Beschluss: Die Vorlage wird beschlossen.

zu Punkt 14: **2018/014**
Vergabe der Trägerschaft für neue Kindertagesstätten in Laatzen
- Antrag der Gruppe CDU/FDP im Rat -

Antrag:

Alle neuen Kindertagesstätten, die in den Jahren 2018 bis 2021 in Laatzen neu eröffnet werden, sollen jeweils in einem Ausschreibungsverfahren an freie Träger vergeben werden.

Der Antrag gilt als behandelt.

zu Punkt 14.1: **2018/014/1**
Vergabe der Trägerschaft für neue Kindertagesstätten in Laatzen
- Antrag der Gruppe CDU/FDP im Rat -
- Stellungnahme der Verwaltung –

Die Stellungnahme gilt als behandelt.

zu Punkt 14.2: **2018/014/2**
Vergabe der Trägerschaft für neue Kindertagesstätten in Laatzen
- Antrag der Gruppe SPD-Grüne-Linke-Scheibe im Rat -

Antrag:

- Über die Trägerschaften für die nächsten anstehenden Eröffnungen von Kindertagesstätten wird möglichst bald in einem gemeinsamen Verfahren

entschieden.

2. Dabei gilt der Grundsatz, dass die die neuen Kindertagesstätten entweder in städtischer Trägerschaft oder in Trägerschaft freier Träger der Jugendhilfe betrieben werden. Die Übernahme der Trägerschaft durch private Unternehmen wird abgelehnt.
3. Die Entscheidung über die Trägerschaften sollten den folgenden beiden inhaltlichen Grundsätzen folgen:
 - a) die Möglichkeit für die Eltern, wohnortnah zwischen einer städtischen Einrichtung und der Einrichtung eines freien Trägers wählen zu können
 - b) klare inhaltliche Profilbildungen der Einrichtungen
4. Die Verwaltung wird gebeten, bis zur nächsten Sitzung des Kinder- und Jugendhilfeausschusses einen Vorschlag zu erarbeiten, welche inhaltlichen Profile von Kindertagesstätten das bisherige Angebot in der Stadt am besten ergänzen
5. Die Verwaltung wird gebeten, einen Vorschlag für den Ablauf des Entscheidungsverfahrens einschließlich eines Zeitplans vorzulegen.

Der Antrag gilt als behandelt.

zu Punkt 14.3: **2018/014/3**
Vergabe der Trägerschaft für neue Kindertagesstätten in Laatzen
- Ergebnis der Beratungen im Ausschuss für Kinder- und
Jugendhilfeangelegenheiten -

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten, bis zur nächsten Sitzung des Kinder- und Jugendhilfeausschusses einen Vorschlag zu erarbeiten, welche inhaltlichen Profile von Kindertagesstätten das bisherige Angebot in der Stadt am besten ergänzen.

Die Verwaltung wird gebeten, einen Vorschlag für den Ablauf des Entscheidungsverfahrens einschließlich eines Zeitplans vorzulegen.

Beschluss: Die Vorlage wird beschlossen.

Frau Rehmert verlässt den Sitzungsraum.

zu Punkt 15: **2017/310/2**
Antrag auf eine finanzielle Förderung des "Trägervereins Netz-
werk für Flüchtlinge in Laatzen e. V." im Haushaltsjahr 2018

Beschlussvorschlag:

Der Sperrvermerk für die vom Trägerverein „Netzwerk für Flüchtlinge in Laatzen e. V.“ beantragte Förderung wird

aufgehoben. / nicht aufgehoben.

Beschluss: Die Vorlage wird beschlossen. Der Sperrvermerk wird aufgehoben.

Frau Rehmert nimmt wieder an der Sitzung teil.

zu Punkt 16: **2018/061**
**Vereinbarung zur Datenerhebung und Berechnung des Jugendhilfe-
kostenausgleichs gemäß § 160 Abs. 4 Satz 5 des Niedersächsischen
Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG)**

Beschlussvorschlag:

Der Bürgermeister wird ermächtigt, mit der Region Hannover die Vereinbarung zur Datenerhebung und Berechnung des Jugendhilfekostenausgleichs für die in § 160 Abs. 4 S. 5 NKomVG aufgezählten Leistungen der Jugendhilfe (ohne Leistungen nach § 90 Abs. 3 SGB VIII) in der, der Drucksache beigefügten Fassung abzuschließen.

Beschluss: Die Vorlage wird beschlossen.

zu Punkt 17: **2018/057**
**Fahrschul-/Fahrlehrerrecht und Aufgaben nach dem
Berufskraftfahrerqualifikationsgesetz (BKrFQG) - Übertragung der Aufgaben
auf die Region Hannover -**

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Laatzen überträgt die Aufgaben des Fahrlehrerwesens und die Aufgaben nach dem Berufskraftfahrerqualifikationsgesetz (BKrFQG) auf die Region Hannover. Die Übertragung erfolgt in Abstimmung mit der Region Hannover frühestens zum 01.01.2019, ggf. auch zu einem späteren Zeitpunkt, sofern die notwendigen organisatorischen und personellen Voraussetzungen dort bis zum 31.12.2018 nicht vorliegen bzw. nicht geschaffen werden konnten.

Beschluss: Die Vorlage wird beschlossen.

zu Punkt 20: **2018/075**
Anregung nach § 34 NKomVG - Joachim Gottschalk vom 03.01.2018

Beschlussvorschlag:

Die Anregung gemäß § 34 NKomVG vom 03.01.2018 wird zur Kenntnis genommen. Der Petent ist hierüber zu unterrichten.

Beschluss: Die Vorlage wird beschlossen.

zu Punkt 21: **2016/064/2**
Bebauungsplan Nr. 77 "Fachmarktstandort Karlsruher Straße", OT Laatzen
- Verlängerung der Veränderungssperre

Beschlussvorschlag:

Die Fristverlängerung gem. § 17 Abs. 1 BauGB der Veränderungssperre Nr. 21 für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 77 „Fachmarktstandort Karlsruher Straße“, OT Laatzen wird beschlossen.

Beschluss: Die Vorlage wird beschlossen.

zu Punkt 22: **2017/221/2**
Flächennutzungsplan der Stadt Laatzen - 78. Änderung - für den Bereich des
vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 12 "Versorgungsbereich Alt-
Laatzen Kronsbergstraße" OT Laatzen
- Beschluss über das Ergebnis der Beteiligungsverfahren
- Feststellungsbeschluss

Beschlussvorschlag:

- a) Dem Abwägungsergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB in der vorliegenden Fassung, Stand Feb. 2018 (siehe Anlage 3) wird zugestimmt.
- b) Der Flächennutzungsplan - 78. Änderung - der Stadt Laatzen für den Bereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 12 „Versorgungsbereich Alt-Laatzten Kronsbergstraße“, OT Laatzen (Anlage 1) und die dazugehörige Begründung werden in der vorliegenden Fassung, Stand Feb. 2018 (siehe Anlagen 1 und 2) beschlossen.

Beschluss: Die Vorlage wird beschlossen.

zu Punkt 23:
Mitteilungen des Bürgermeisters

zu Punkt 23.1: **2018/025**
Kinder- und Jugendhilfeplanung
- Hortbedarfsplan für den Zeitraum der Betreuungsjahre 2017/18 bis 2022/23 -

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Mündliche Mitteilungen:

Die Deutsche Wohnen hat dem CVJM zum 31.05.2018 die Räume in der Marktstraße 5 gekündigt. Die Stadt prüft die Unterstützung der Besucher/-innen des Kinder- und Jugendtreffs.

zu Punkt 24:

Anfragen gemäß § 16 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Laatzen

- keine Anfragen -

Ende: 20.20Uhr

**Stuckenberg
Ratsvorsitzender**

**Jürgen Köhne
Bürgermeister**

**Mourmouri
Protokoll**